

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 163:**

Direktanspruch, Erlass, Verjährung, Löschung

Bundesfinanzhof Az: XI R 27/24

Direktanspruch in der Umsatzsteuer bei verjährtem Rückforderungsanspruch und nach Löschung des Leistenden (einer GmbH) wegen Vermögenslosigkeit?

■ **AO § 218 Abs 2:**

Zahlungsverjährung, Festsetzungsverjährung, Säumniszuschlag, Abrechnungsbescheid

Bundesfinanzhof Az: XR 13/24

Kann vor dem Eintritt der Festsetzungsverjährung die Zahlungsverjährung eintreten?

Wirkt der mit dem JStG 2022 eingeführte § 229 Abs. 1 Satz 3 AO vor den in Art. 97 § 14 Abs. 6 EGAO festgelegten Zeitpunkt -21.12.2022- zurück?

Unterbricht der Abrechnungsteil eines Einkommensteuerbescheids, in dem auch Säumniszuschläge festgestellt werden, deren Zahlungsverjährung?

■ **AStG § 1:**

Außensteuerrecht, Darlehen, Tochtergesellschaft, Einkünftekorrektur, Verbundene Unternehmen, Geschäftsbeziehung

Bundesfinanzhof Az: I R 23/24

Einkünfteberichtigung nach § 1 AStG wegen Gewährung eines vorerst tilgungsfreien, unverzinslichen Darlehens gegenüber der ausländischen Tochtergesellschaft zur Produktion, wenn diese gegenüber der Muttergesellschaft dafür Werkleistungen zu einem günstigeren Preis erbringt? Ist eine einheitliche Betrachtung der Geschäfte möglich?

■ **BranntwMonG § 149:**

Branntweinsteuer, Alkohol, Steuerschuldner, Besitz

Bundesfinanzhof Az: VII R 27/24

Branntweinmonopol/Alkoholsteuer - Steuerentstehung und Steuerschuldnerschaft bei der Verbringung aus dem steuerrechtlich freien Verkehr anderer Mitgliedstaaten im Rahmen von Kommissions- bzw. Auktionsgeschäften:

Ist diejenige Person, die selbst oder organschaftlich für dem Alkoholsteuergesetz unterliegende Erzeugnisse, die sie von Personen aus dem steuerrechtlich freien Verkehr eines anderen Mitgliedstaates für gewerbliche Zwecke erhalten hat, unmittelbarer Besitzer im Sinne des § 854 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) und damit Bezieher im Sinne des Alkoholsteuergesetzes oder Besitzdiener im Sinne des § 855 BGB und damit nicht Bezieher im Sinne des Alkoholsteuergesetzes?

■ **EGRL 118/2008:**

Beförderung, Steueraussetzung, Sicherheitsleistung, Steuerentstehung

Bundesfinanzhof Az: VII R 30/24

Ist für eine wirksame Eröffnung einer Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren im Verfahren der Steueraussetzung die Leistung einer Sicherheit vom zugelassenen Lagerinhaber als Versender erforderlich? Handelt es sich bei der Leistung einer Sicherheit um eine materiellrechtliche Wirksamkeitsvoraussetzung für das Steueraussetzungsverfahren?

■ **EGRL 118/2008:**

Beförderung, Steueraussetzung, Sicherheitsleistung, Steuerentstehung

Bundesfinanzhof Az: VII R 31/24

Ist für eine wirksame Eröffnung einer Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren im Verfahren der Steueraussetzung die Leistung einer Sicherheit vom zugelassenen Lagerinhaber als Versender erforderlich? Handelt es sich bei der Leistung einer Sicherheit um eine materiellrechtliche Wirksamkeitsvoraussetzung für das Steueraussetzungsverfahren?

■ **ErbStG § 1 Abs 1 Nr 2:**

Schenkungssteuer, Familienstiftung, Vermögensausstattung, Steuerklasse, Berechtigter

Bundesfinanzhof Az: II R 35/24

Schenkungssteuer: Steuerklasse bei erstmaliger Vermögensausstattung von Familienstiftungen

Ist für die schenkungssteuerliche Behandlung der Zahlung des Grundstockvermögens zu einer Familienstiftung bei der Bestimmung der Steuerklasse gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 ErbStG hinsichtlich des Begriffs "Berechtigter" allein auf das Verwandtschaftsverhältnis der Stifter zu dem/den Bezugsberechtigten der Stiftung abzustellen oder ist auch das Verwandtschaftsverhältnis zu etwaigen Anfallsberechtigten zu berücksichtigen?

■ **EStG § 10f:**

Steuerbegünstigung, Rechtsnachfolge, Sonderausgabe

Bundesfinanzhof Az: X R 23/24

Fortführung der Steuerbegünstigung nach § 10f EStG durch den Rechtsnachfolger des ursprünglich Begünstigten

Kann auch der Erbe des Steuerpflichtigen die jährlichen Abzugsbeträge gemäß § 10f EStG fortsetzen, wenn der Steuerpflichtige innerhalb des zehnjährigen Abzugszeitraums verstirbt und der Erbe das Gebäude anschließend zu eigenen Wohnzwecken nutzt?

■ **EStG § 15 Abs 1 Nr 1:**

Schätzung, Richtsatzsammlung, Sachverständigengutachten

Bundesfinanzhof Az: X R 27/24

Ist bei bestehenden Zweifeln im Hinblick auf den Programmierzustand und das Vorhandensein von Manipulationsspuren an der Registrierkasse vom Finanzgericht ein Sachverständigengutachten einzuholen?

Rechtfertigen fehlende Programmierprotokolle für die verwendete Kasse eine Schätzung dem Grunde nach?

Ergibt sich aus einer angeblichen Abweichung von der Richtsatzsammlung eine Schätzungsbefugnis?

■ **ESTG § 15 Abs 4:**

Verlust, Beschränkung, Tierhaltung, Tierzucht

Bundesfinanzhof Az: VI R 29/24

Unter welchen Voraussetzungen sind Verluste aus einem aufgegebenen gewerblichen Tierhaltungsbetrieb dergestalt endgültig ("final", "definitiv"), dass sie aus verfassungsrechtlichen Gründen trotz der einfachrechtlichen Verlustausgleichs- und Abzugsbeschränkung des § 15 Abs. 4 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes mit anderen Einkünften verrechnet werden dürfen?

■ **ESTG § 20 Abs 1 Nr 4 S 2:**

Verlustabzugsbeschränkung, Stille Beteiligung, Beendigung, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: XI R 28/24

Reichweite der Abzugsbeschränkung für noch nicht verrechnete Verluste aus einer typisch stillen Beteiligung an einer Aktiengesellschaft i.S.d. § 20 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 i.V.m. § 15 Abs. 4 Sätze 6 bis 8 EStG: Untergang von noch nicht verrechneten laufenden Verlusten einer Kapitalgesellschaft aus typisch stiller Gesellschaft an einer Kapitalgesellschaft im Veranlagungszeitraum der Beendigung der stillen Gesellschaft? Ist eine verfassungskonforme Auslegung von § 15 Abs. 4 Sätze 6 bis 8 EStG geboten?

■ **ESTG § 3 Nr 72:**

Betriebsausgabe, Steuerbefreiung, Photovoltaik, Gewinnermittlung

Bundesfinanzhof Az: III R 35/24

Steuerliche Berücksichtigung nachlaufender Betriebsausgaben (hier: Umsatzsteuerzahlung) bei einer ab 2022 steuerbefreiten Photovoltaikanlage:

Beinhaltet § 3 Nr. 72 Satz 2 EStG nur eine Befreiung von der Gewinnermittlungspflicht oder ein Gewinnermittlungsverbot?

■ **ESTG § 34a Abs 7 S 2:**

Nachversteuerung, Mitunternehmeranteil, Einbringung, Nicht entnommener Gewinn

Bundesfinanzhof Az: VIII R 28/24

Umfasst § 34a Abs. 7 Satz 2 EStG a.F. auch die Einbringung eines Teils eines Mitunternehmeranteils?

■ **ESTG § 50d Abs 3 S 2 Alt 1:**

Kapitalertragsteuer, Erstattungsanspruch, Steuerentlastung, Nachweis

Bundesfinanzhof Az: VIII R 36/24

Nach welchen abstrakten Kriterien ist im Rahmen des Nachweises durch die Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse im Sinne des § 50d Abs. 3 Satz 2 Alternative 1 EStG i.d.F. des Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetzes vom 02.06.2021 (BGBl I 2021, 1259) zu bestimmen und zu gewichten, dass keiner ihrer Hauptzwecke darin liegt, eine Entlastung von der Kapitalertragsteuer für Zinsen nach dem DBA Zypern zu erreichen?

■ **ESTG § 9 Abs 1 S 3 Nr 4a:**

Dienstreise, Fahrtkosten, Angemessenheit

Bundesfinanzhof Az: VI R 30/24

Begehren auf Berücksichtigung von Fahrtkosten für Dienstreisen, die mit einem privaten PKW durchgeführt wurden, basierend auf den tatsächlichen Kosten pro Kilometer. Dabei führte die insgesamt äußerst geringe Nutzung zu einem überdurchschnittlich hohen Kostenansatz pro Kilometer (im Streitfall: 2,28 Euro).

Wie hat die Prüfung der Angemessenheit nach § 9 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes (EStG) i.V.m. § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 7 EStG im konkreten Einzelfall zu erfolgen?

Welche Bedeutung ist hierbei dem Umstand beizumessen, dass das vom Arbeitgeber dem Kläger für berufliche als auch private Fahrten zur Verfügung gestellte Dienstfahrzeug zu 100% als Familienfahrzeug von der Ehefrau des Klägers genutzt wurde und nicht für die hier streitigen Dienstreisen?

■ **FGO § 115 Abs 2 Nr 2 Alt 1:**

Doppelte Haushaltsführung, Eigener Hausstand, Wohnungsüberlassung

Bundesfinanzhof Az: VI R 12/23

Erfordert das Innehaben einer Wohnung i.S. des § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 S. 3 EStG ein eigenes Recht im Sinne eines entgeltlichen Nutzungsrechts des Steuerpflichtigen, das ihm wie bei Eigentum oder einem Mietverhältnis ein zur Ausschließung berechtigendes Hausrecht gewährt, oder ist es ausreichend, dass dem Steuerpflichtigen ein (räumlich) abgrenzbarer Teil eines Wohnhauses unentgeltlich, unter Vereinbarung eines Ausschlusses der Nutzung der Überlassenden, zur Nutzung überlassen wird?

■ **FGO § 65 Abs 2:**

Klagebegehren, Ausschlussfrist, Steuererklärung, Mitteilung

Bundesfinanzhof Az: XR 20/24

Rechtzeitige Bezeichnung des Klagebegehrens i.S.d. § 65 Abs. 2 FGO durch Übermittlung von Steuererklärungen an das Finanzamt

Reicht die elektronische Übermittlung der maßgeblichen Steuererklärungen an das zuständige Finanzamt aus, die nach § 65 Abs. 2 Satz 2 FGO gesetzte Ausschlussfrist einzuhalten oder bedarf es für die Wahrung der Frist einer Mitteilung an das Finanzgericht, dass dem Finanzamt die Steuererklärung übermittelt worden ist?

■ **FGO § 65 Abs 2:**

Klagebegehren, Ausschlussfrist, Steuererklärung, Mitteilung

Bundesfinanzhof Az: III R 25/24

Rechtzeitige Bezeichnung des Klagebegehrens i.S.d. § 65 Abs. 2 FGO durch Übermittlung von Steuererklärungen an das Finanzamt

Reicht die elektronische Übermittlung der maßgeblichen Steuererklärungen an das zuständige Finanzamt aus, die nach § 65 Abs. 2 Satz 2 FGO gesetzte Ausschlussfrist einzuhalten oder bedarf es für die Wahrung der Frist einer Mitteilung an das Finanzgericht, dass dem Finanzamt die Steuererklärung übermittelt worden ist?

■ **GG Art 2 Abs 1:**

Grundsteuer, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: II R 26/24

Ist das Landesgrundsteuergesetz Baden-Württemberg verfassungsgemäß?

■ **GG Art 2 Abs 1:**

Grundsteuer, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: II R 27/24

Ist das Landesgrundsteuergesetz Baden-Württemberg verfassungsgemäß?

■ **InvStG § 2 Abs 2 S 1:**

Ausschüttung, Investmentfonds, Sondervermögen, Beteiligungseinkünfte, Veräußerungsgewinn

Bundesfinanzhof Az: VIII R 21/24

Erfassung von in Gewinnanteilen aus einer Beteiligung an einer gewerblichen Personengesellschaft enthaltenen Veräußerungsgewinnen im Sinne des § 8b Abs. 2 KStG

1. Ist bei den ausschüttungsgleichen Erträgen nach § 1 Abs. 3 Satz 3 InvStG 2004 nicht auf die Einkunftsarten, sondern auf die Art der Erträge abzustellen?

2. Fallen unter den Begriff der sonstigen Erträge auch Erträge aus gewerblichen Beteiligungseinkünften in Form von Gewinnanteilen im Sinne des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG?

3. Sind auch Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 1a sowie Satz 2 EStG, die im Rahmen der Einkünfte aus Gewerbebetrieb erzielt werden, von § 2 Abs. 2 Satz 1 InvStG 2004 begünstigt?

■ **InvStG § 2 Abs 2 S 1:**

Ausschüttung, Investmentfonds, Sondervermögen, Beteiligungseinkünfte, Veräußerungsgewinn

Bundesfinanzhof Az: VIII R 22/24

Erfassung von in Gewinnanteilen aus einer Beteiligung an einer gewerblichen Personengesellschaft enthaltenen Veräußerungsgewinnen im Sinne des § 8b Abs. 2 KStG

1. Ist bei den ausschüttungsgleichen Erträgen nach § 1 Abs. 3 Satz 3 InvStG 2004 nicht auf die Einkunftsarten, sondern auf die Art der Erträge abzustellen?

2. Fallen unter den Begriff der sonstigen Erträge auch Erträge aus gewerblichen Beteiligungseinkünften in Form von Gewinnanteilen im Sinne des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG?

3. Sind auch Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 1a sowie Satz 2 EStG, die im Rahmen der Einkünfte aus Gewerbebetrieb erzielt werden, von § 2 Abs. 2 Satz 1 InvStG 2004 begünstigt?

■ **KStG § 7 Abs 4 S 3:**

Organschaft, Verlustabzug, Abweichendes Wirtschaftsjahr, Ermessen

Bundesfinanzhof Az: I R 20/24

Körperschaftsteuer: Ermessensreduzierung auf Null hinsichtlich der Zustimmung zur Umstellung auf ein abweichendes Wirtschaftsjahr, auch wenn der alleinige Grund für die Umstellung die Nutzung von im Rahmen einer Organschaft entstandenen Verlusten ist?

■ **KStG § 8 Abs 3 S 2:**

Verdeckte Gewinnausschüttung, Vermietung, Kostenmiete

Bundesfinanzhof Az: I R 21/24

Verdeckte Gewinnausschüttung unter Zugrundelegung der Kostenmiete?

■ **UStG § 6a Abs 4:**

Innergemeinschaftliche Lieferung, Umsatzsteuerbefreiung, Vertrauensschutz, Gelangensbestätigung

Bundesfinanzhof Az: V R 3/25

Vertrauensschutz bei fehlender Gelangensbestätigung

1. Ist der maßgebende Zeitpunkt für die Bildung des Vertrauensschutzes nach § 6a Abs. 4 UStG beim Lieferanten im Abholfall einer Ware der Zeitpunkt der Lieferung der Ware (Entstehung der Steuerschuld)?

2. Kann auch dann, wenn alle Tatbestandsmerkmale des § 6a Abs. 4 UStG erfüllt sind, dem Lieferanten der Vertrauensschutz versagt werden, wenn ihm der Abnehmer im Abholfall keine Gelangensbestätigung zurückschickt?